



1.	IN ALLER KÜRZE.....	1
2.	AUS VORSTAND UND GESCHÄFTSSTELLE.....	2
3.	AUS DEN FACHBEREICHEN.....	3
4.	LESENSWERTES.....	4
5.	TERMINE AUF EINEN BLICK	5
6.	HILFREICHE TIPPS	6
7.	IMPRESSUM.....	6

1. In aller Kürze

19. September 2006:

BÖLW: Seehofer verstrickt sich mit der Zustimmung zum Import von Gentechnikraps in Widersprüche

„Bundesminister Seehofer kann nicht in Deutschland verkünden, die Lebensmittelerzeugung ohne Gentechnik sichern zu wollen und in Brüssel Entscheidungen treffen, die dem völlig entgegen stehen“, so kommentierte Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des BÖLW, die Zustimmung der Bundesregierung im Agrarministerrat am 18.9.06 zum Import von genmanipulierten Raps. Nicht nur im Anbau ist Raps laut Experten nicht koexistenzfähig. Der gerade erst aus den Schlagzeilen verschwundene Fall

des genmanipulierten Reis´ LL601 macht deutlich, wie wenig die Gentechnik-Produzenten ihre Produkte im Griff haben und dass sie zur Organisation von „Koexistenz“ zwischen Gentechnik-Produkten und normalen Erzeugnissen nicht in der Lage sind. „Wenn wir heute befürchten, dass importierte Gentechnik-Rapsamen sich über kurz oder lang auch auf unseren Feldern breit machen, so gibt es dafür nur allzu gute Gründe“, warnte Löwenstein.

Quelle: Pressemitteilung von BÖWL, Spitzenverband der deutschen Erzeuger, Verarbeiter und Händler von Bio-Lebensmitteln. Weitere Infos unter www.boelw.de

18. September 2006:

Atomares Zwischenlager kommt vor das Bundesverfassungsgericht

An zahlreichen deutschen Atomkraftwerksstandorten existieren inzwischen sogenannte atomare „Zwischenlager“ oder sind in Bau. Das Atommüllproblem wird damit nicht gelöst, sondern nur vertagt.

Im bayerischen Gundremmingen haben mehrere Bürger unterstützt vom Verein „FORUM e.V. Gemeinsam gegen das Zwischenlager und

für eine verantwortbare Energiepolitik e.V.“ gegen den Bau geklagt. Die damit befassten Verwaltungsgerichte haben aber den Konflikt mit den Energiekonzernen gescheut und haben den gut begründeten Klagen nicht stattgegeben. Deshalb haben sich die fünf Kläger und FORUM e.V. in diesen Tagen entschlossen, Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzulegen.

Weitere Infos zu den Hintergründen unter www.atommuell-zwischenlager.de

15. September 2006:

In Ahaus mehr Atommüll?

Das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) will in Zukunft neben hochradioaktivem Atommüll auch schwach- und mittlradioaktive Abfälle aufnehmen. BZA-Sprecher Michael Ziegler bestätigte einen Bericht der in Münster erscheinenden »Westfälischen Nachrichten« (Freitagausgabe), wonach ein entsprechender Antrag gestellt

werden soll. Einen Zeitpunkt dafür wollte er nicht nennen. Brennelemente belegten derzeit gut zehn Prozent der Lagerplätze. „Die Halle ist weitgehend leer“, sagte Ziegler. Inzwischen kündigten Bürgerinitiativen in und um Ahaus weitere Proteste an.

Quelle: dpa vom 15.09.2006, s. auch www.bi-ahaus.de

12. September 2006:

Keine deutschen Waffen an Kriegsparteien!

Die IPPNW fordert zusammen mit der „Kooperation für den Frieden“ (u.a. IPPNW, Bund für

Soziale Verteidigung, Pax Christi, Versöhnungsbund und das Netzwerk Friedenskooperative), in einer Petition an den Deutschen Bundestag den

Stopp von Waffenlieferungen an Israel und andere Staaten in Nahost.

Kaum sechs Jahre alt sind die aktuell gültigen Richtlinien der Bundesregierung, die den Export von Waffen und Kriegsgerät in Länder verbieten, die in Kriege verwickelt sind, die Menschenrechte verletzen oder auf andere Art und Weise das Völkerrecht brechen.

Ein weiteres Mal werden diese Richtlinien nun durch die amtierende Bundesregierung verletzt, indem Waffenlieferungen an Länder genehmigt wurden, die diese Kriterien erfüllen. Israel aber

auch andere Länder der Region sind in Konflikte verwickelt, verletzen Menschen- und Völkerrecht. Konkret wendet sich das Bündnis gegen die Auslieferung eines Testexemplars des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs „Dingo 2“ und den Bau und Lieferung von zwei U-Booten der „Dolphin“-Klasse an Israel.

Auch der BBU unterstützt die Kampagne und ruft zur Sammlung von Unterschriften auf. Die Petition mit der Bitte um Unterzeichnung gibt es unter <http://www.ipnw.de/Kampagnen/>

28. August 2006:

Vattenfall gesteht Falschaussagen zu AKW Brunsbüttel

Nach dem Eingeständnis, das Bundesumweltministerium und das für die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein zuständige Sozialministerium bisher nicht korrekt über die Probleme der Notstromversorgung im Siedewasserreaktor Brunsbüttel unterrichtet zu haben, fordert u.a. die Deutsche Umwelthilfe vom Betreiber Vattenfall Europe die sofortige Abschaltung des Meilers. Anlässlich einer Sitzung des Ausschusses

„Elektrische Einrichtungen“ der Reaktorsicherheitskommission (RSK) der Bundesregierung hatte Vattenfall entgegen früheren Einlassungen überraschend erklärt, dass Teile des Notstromsystems doch wie in Forsmark auf Wechselstrom angewiesen seien. Nach einem Ausfall bestimmter Wechselrichter wäre auch das Kraftwerk Brunsbüttel nur noch eingeschränkt steuerbar.

Mehr Infos unter <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=22521>

01. – 30. September:

Wir erinnern uns....

Im Umweltschutz ist in den letzten Jahren viel geschehen, sowohl an Erfolgen als auch an

Katastrophen. Vieles ist in Vergessenheit geraten - zu Unrecht. Darum wollen wir jeden Monat an wichtige Ereignisse erinnern.

06.09.1983	Ölkatastrophe v. der Westküste Südafrikas	Tanker „Castillo de Bellver“, 255.000 Tonnen Öl
18.09.1989	Inkrafttreten der Bundesartenschutzverordnung	Schutz von wildlebenden Tier- und Pflanzenarten
21.09.2001	Erste Bundesbehörde innerhalb d. europ. Umweltmanagementsystems EMAS	Umweltbundesamt
22.09.1992	Oslo- und Paris-Konvention	Übereinkommen zum Schutz d. Nordostatlantiks
27.09.1981	Erster freiwilliger autofreier Sonntag „Auto frei – Spaß dabei“	
20.09.1971	Erste Umweltprogramm der Bundesregierung	
30.09.1999	Schwerer Störfall jap. Brennelementefabrik	Tokai-Mura

2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Neuer Arbeitskreis Energie des BBU

Am 10. September tagte der BBU-Vorstand in der Bonner Geschäftsstelle. Beschlossen wurden unter anderem Termin und Ort für das Gründungstreffen des AK Energie unter der Leitung von Udo Buchholz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU e.V.

BITTE VORMERKEN: am 28. Oktober gründet sich der Arbeitskreis Energie in Münster. Nähere Informationen gehen euch über die Geschäftsstelle in Kürze zu. Über eine rege Beteiligung und

Mitarbeit würden wir uns sehr freuen. Voranmeldungen und Themenwünsche für die Tagesordnung sind erwünscht.

Saskia von der Burg

Neue Bedrohungsmöglichkeit gegen die AKW Biblis A und B?

Am 11.09. berichtete der SPIEGEL unter der Überschrift „Schwimmende Bomben“ über die terroristische Möglichkeit, Tankschiffe als Waffen einzusetzen. Anlässlich dieses Artikels verfassten BBU-Vorstandsmitglied und Energiepolitischer Sprecher Eduard Bernhard und Herwig Winter, Vorstandsmitglied des BUND Hessen gemeinsam einen Offenen Brief an den

hessischen Umweltminister Dietzel, in dem es u.a. um die Frage ging, ob auch die hessischen AKW Biblis A und B von solchen Terroranschlägen betroffen sein könnten.

Den genauen Wortlaut des Offenen Briefes könnt ihr/ können Sie nachlesen auf unserer Homepage unter <http://www.bbu-bonn.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202006/18.09.htm>

Radioaktiv verseuchtes Mineralwasser: BBU verfasst offenen Brief an das BfS

Am 28. August berichtete der SPIEGEL (Ausgabe 35, S. 15) über eine mögliche radioaktive Verseuchung von Mineraltrinkwasser. Der BBU verfasste in Bezug auf diesen Artikel noch am selben Tag einen Offenen Brief an den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz.

Sehr geehrter Herr Präsident König, in Bezug auf den oben genannten anliegenden SPIEGEL-Artikel beantragen wir die vorstehende Sonderuntersuchung ggf. auch über das Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit.

Sehr erschreckend ist u. E., dass zumindest bei einem Teil verstrahlte Mineralwasser mit der Bezeichnung „geeignet für die Säuglingsnahrung“ aufgefallen sind. Bestürzt sind wir aber auch darüber, dass das „Bayerische Verbraucherministerium sich geweigert haben soll, den Namen des Mineralwasserherstellers zu nennen“. Namens der von uns vertretenen ca. 120 Bürgerinitiativen mit geschätzten 130.000 Mitgliedern beantragen wir nicht nur die Sofortuntersuchung, sondern auch Ursachenfeststellung des zu hohen radioaktiven Radium 236

und 226. Weiterhin möchten wir wissen, welche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden müssen, um solche Skandalvorfälle in Zukunft zu verhindern.

[...] Ursprünglich hatten wir vor, wegen des durch den SPIEGEL-Artikel bekannt gewordenen Skandalalles eine Strafanzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft „wegen des Verdachts auf Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung bzw. des Lebensmittelschutzes“ zu erstatten. Im Vertrauen auf das BfS ggf. des BMU verzichten wir hierauf (zumindest vorläufig) und warten ab – wie sicher auch die Öffentlichkeit bzw. auch die Bevölkerung – auf Ihr fachliches Einschreiten.

Wir hoffen auf Ihre schnelle Reaktion und erbitten schnellstmöglich eine Information über Ihre weiteren Schritte.

Mit freundlichen Grüßen

Eduard Bernhard, Energiepolitischer Sprecher des BBU e.V.

Weitere Infos zum Thema auch unter <http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/707/83624/>

Bitte vormerken: BBU-Mitgliederversammlung im Wendland

Bei unserer Mitgliederversammlung im Mai stimmten die Anwesenden für eine Mitgliederversammlung im Wendland gegen Ende dieses Jahres. Diese findet am 12. November 2006 statt. Nähere Informationen und eine Einladung gehen euch/ Ihnen in den nächsten Tagen zu.

Am 11.11. beginnen die Auftaktaktionen gegen den Castortransport.

BBU-Vorstand jetzt auch online

Die Mitglieder des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes sowie des erweiterten Vorstandes gibt es jetzt auch online. Unter der Rubrik „Wer wir sind und was wir wollen“ findet ihr einen direkten Link zum Vorstand (<http://www.bbu-online.de/html/vsvorlage.htm>) und findet ihr zu jedem einzelnen Mitglied die Kontaktdaten, Infos zum Arbeitsschwerpunkt sowie in einigen Fällen ein Foto. Auf diese Weise soll die Kommunikation im BBU gestärkt werden. Infoanfragen können auf diese Weise direkt an den entsprechenden Ansprechpartner gerichtet werden.

Saskia von der Burg

3. Aus den Fachbereichen

Verkehr

Tipps für einen sicheren Schulweg

Auch in diesem Jahr ist zum Schulbeginn für die Erstklässler der 22. September wieder Auftakt zur internationalen Kampagne „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten - I walk to school". Der neue Lebensabschnitt ist sicher ein Grund zur Freude für die frischgebackenen Pennäler und ihre Eltern. Er gibt aber auch Anlass über die Gefahren des Straßenverkehrs nachzudenken. Gut gemeinte Appelle an die Autofahrer zeigen oft nur wenige Wochen Wirkung. Umso wichtiger ist eine langfristige Strategie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Grundlage einer sorgfältigen Analyse des Unfallgeschehens. Nur „richtige" Daten erlauben allerdings eine realistische Einschätzung der Gefahrensituation.

Doch wer in neun der 16 Bundesländer Informationen zu den Schulwegverkehrsunfällen

beim zuständigen Statistischen Landesamt erfragt, wird enttäuscht. FUSS e.V. -Sprecher Frank Biermann: „Das Merkmal 'Schulweg' taucht dort in den Unfallerhebungsbögen der Polizei überhaupt nicht auf." Recherchen des Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. ergaben, dass nicht einmal in diesen neun Bundesländern die Daten problemlos zur Verfügung stehen.

Tipps für Aktionen vor Ort und in den Schulen gibt es unter <http://www.zufusszurschule.de>, einen Leitfaden zur Erstellung von Schulwegplänen unter <http://www.schulwegplaene.de>. Die ausführliche Pressemitteilung ist abrufbar unter <http://www.fuss-ev.de/download/zfzs-pe-2006-bund.zip> zum Download.

Frank Biermann, Sprecher des FUSS e.V., redigiert durch Saskia von der Burg

Gewässerschutz

Gemeinsame Veranstaltung zur Nitratproblematik von AKN, VSR-Gewässerschutz und Robin Wood stieß in Bremen auf reges Interesse

Eutrophierung (Überdüngung) in der Nordsee fängt schon im Binnenland an, da der Haupteintrag der Nährstoffe über die Flüsse kommt. Nicht die direkten Einleitungen der Industrie und kommunaler Kläranlagen, sondern das diffus zusickernde mit Nitraten belastete Grundwasser stellt hier die Quelle dar. Doch Nitrate führen im Übermaß nicht nur zu einem ökologischen, sondern auch zu gesundheitlichen Problemen. Dies sollte bei einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der drei Umweltorganisationen am 10. August 2006 im Bremen verdeutlicht werden.

Informationsveranstaltungen finden heutzutage leider meistens nicht mehr so viel Beachtung wie notwendig wäre. Die Nordsee ist zwar immer noch ein beliebtes Urlaubsgebiet – aber die eigenen Beobachtungen wie der auftretende Eiweißschaum verschwinden im Alltag. Anders bei der Nitratbelastung im eigenen **Brunnenwasser**. Hier ist man selbst betroffen. Der VSR-Gewässerschutz führte daher regelmäßig vor Ort Untersuchungen von privaten

Brunnen durch. Auch in Bremen herrschte wieder reger Andrang: über 30 Bürger und Bürgerinnen interessierten sich für die mögliche Belastung ihres Brunnenwassers – und einige auch für die weitergehenden Probleme, die das belastete Grundwasser auf dem Weg über die Weser in die Nordsee mit sich bringt. Nadja Ziebarth von der AKN, Harald Gülzow vom VSR-Gewässerschutz und Annegret Reinecke von Robin Wood erklärten vielen interessierten Bürgern und der anwesenden Presse anhand aktueller Messwerte die Situation der Nährstoffbelastungen im Grundwasser, Weser und Nordsee.

Hoffen wir, dass solche Aktionen deutlich machen, dass die Nitratbelastung in den Gewässern einer ganzheitlichen Sichtweise bedürfen, da auch das Grundwasser letztendlich im Meer landet. So wie es auf dem Infomobil des VSR-Gewässerschutzes steht: „Ziel ist es, dass Verantwortliche in Industrie, Landwirtschaft und Politik von ihrem kurzfristigen Denken in dem nur Ausschnitte des Ganzen betrachtet wird zu einer langfristigen die gesamten ökologischen Zusammenhänge einbeziehende Denkweise gelangen“.

Susanne Bareiß-Gülzow

LANXESS betreibt Greenwashing

Als Lanxess, eine Abspaltung des Bayerkonzerns, zum 10 jährigen Bestehen des Umweltaudits auch seine EMAS-Flagge in Marl hisste, war man beim VSR-Gewässerschutz und der Co-ordination gegen Bayergefahren (CGB) überrascht. Denn der Betrieb wollte dokumentieren, dass er auf freiwilliger Basis Umweltschutz

praktiziert, der weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus geht. Die EMAS-Flagge steht außerdem für Transparenz und Glaubwürdigkeit. Alles Auszeichnungen die für einen Standort dieses Konzerns kaum vorstellbar ist. Die CGB und VSR-Gewässerschutz machten ständig gegenteilige Erfahrungen. Auch wird

Lanxess von den kritischen Aktionären ständig öffentlich gerügt.

Daraufhin forderte der VSR-Gewässerschutz die Umwelterklärung von Lanxess an. In einem umfassenden Artikel in der vorletzten Ausgabe

von "Stichwort Bayer" hat Susanne Bareiß-Gülzow ihre Recherchen und Erkenntnisse zusammengefasst. Der Artikel ist im Internet unter <http://www.cbgnetwork.org/1566.html> zu lesen

Energie und Anti-Atomkraft

Atomkraftbefürworter gefährden die Zukunft der Wirtschaft: BUND und BBU kritisieren Äußerungen Dietzels als verantwortungslos

Wer wie Hessens Umweltminister Wilhelm Dietzel die Verlängerung der Laufzeit von Uraltreaktoren wie Biblis A (Ende ca. 2007) und B (Ende ca. 2009) fordert, hat offenbar noch immer nicht begriffen, dass er damit Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energietechnik gefährdet und die Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze verhindert. Die Behauptung, Atomstrom sei kostengünstig, gehört eindeutig in den Bereich der Fabeln. Der Atomstrom erscheint nur deshalb so billig, weil die Kosten für das Lagern und Bewachen des Atommülls über Jahrzehntausende von denen, die heute den Profit beim Stromverkauf einstreichen, nicht bezahlt werden müssen. Hinzu kommt, dass die Risiken der Schrottreaktoren Biblis A und B versicherungstechnisch nicht abgedeckt sind, sonst wäre die Mär vom billigen Atomstrom längst Schnee von gestern.

Selbst wenn der gleiche Störfall wie im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark in Biblis ausgeschlossen sein sollte, sind die Reaktorblöcke A und B alles andere als sicher. Die Atomreaktoren in Biblis gehören zu den ältesten Anlagen in Deutschland und sind, wie die Pannenserien der letzten Jahre eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben, ausgesprochen

störanfällig. Sie liegen in der Einflugschneise des stark frequentierten Frankfurter Flughafens. Dennoch ist insbesondere der Block A mit einem Reaktor-Containment von ca. 60 cm und Block B mit einem Reaktorcontainment von ca. 100 cm noch nicht einmal gegen Abstürze kleinerer Flugzeuge und Militärmaschinen und erst recht nicht gegen große Verkehrsflugzeuge ausgelegt. Ein Weiterbetrieb dieser Uraltreaktoren gefährdet das Leben und die Gesundheit Hunderttausender.

Hinzu kommt, dass jeden Tag der Berg an radioaktivem Müll, für dessen Endlagerung bis heute noch keine Lösung gefunden ist, vergrößert wird. Vor diesem Hintergrund halten BUND und BBU einen Weiterbetrieb nicht nur für verantwortungslos gegenüber den Menschen in den Ballungsräumen Rhein/Neckar und Rhein/Main, sondern auch für unmoralisch im Hinblick auf künftige Generationen, die von der Energie nichts mehr haben werden, dafür aber den Atommüll über zig Jahrtausende hin bewachen müssen.

Der BUND und BBU erwarten von verantwortungsbewussten Politikern auf Landes- und Bundesebene, dass sie das Ansinnen der Ewiggestrigen, die das Rad der Energiepolitik in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückdrehen wollen, weiterhin zurückweisen.

Eduard Bernhard, Energiepolitischer Sprecher und Vorstandsmitglied des BBU e.V.

4. Lesenswertes

Die molekulare Invasion – Strategien gegen die Biotechnologie im globalisierten Kapitalismus

Die Biotechnologie ist ein weites Feld. Längst beschränkt sie sich nicht mehr nur auf medizinische Bereiche. Unsere Nahrungsgewinnung ist von ihr genauso betroffen, wie die Frage, welche Augen- und Haarfarbe in Zukunft unser natürlich einzigartiges Kind haben soll. Biotechnologie durchdringt unseren Alltag im Kleinen wie im Großen. Bedrohung oder Segen?

Bei der Beschäftigung mit der Biotechnologie spielen (Ur)Ängste der Menschheit eine entscheidende Rolle. So wird die Natur als etwas Reines empfunden, etwas Göttliches. Aber was passiert, wenn das Reine vermischt wird? Durch künstli-

che DNA ergänzt oder so verändert wird, das etwas völlig Neues, Unbekanntes entsteht? Und was ist mit Jenen, die sich kritisch mit der Biotechnologie beschäftigen? Was ist, wenn aus Angst vor Terrorismus eben jene Kritiker als sog. Bioterroristen verurteilt und juristisch belangt werden?

In dem Buch „Die molekulare Invasion – Strategien gegen die Biotechnologie im globalisierten Kapitalismus“ beschäftigt sich das Critical Art Ensemble (CAE) ausführlich mit diesen Fragestellungen.

Kritisch beleuchtet wird vor allem die Frage, warum die (Ur)Angst des Menschen vor dem Fremden ganz schnell vergessen wird, wenn es um den eigenen Profit geht. Dann sind religiöse

Vorstellungen und ethische Werte oft schnell vergessen.

Das vorliegende Buch behandelt zugegebenermaßen ein sehr spezielles Thema, analysiert präzise und verlangt seinem Leser einiges an wissenschaftlichem Denken ab. Wer aber nicht

nur lesen, sondern auch „erkennen“ will, sollte sich die Zeit für „Die molekulare Invasion“ nehmen. Das Buch ist im Buchhandel für 14,00 Euro erhältlich oder direkt beim Verlag unter www.unrast-verlag.de

Saskia von der Burg

5. Termine auf einen Blick

<u>Wann?</u>	<u>Was?</u>	<u>Wo?</u>	<u>Info</u>
23.09.2006	Tag der Regionen 2006	bundesweite Veranstaltungen	Infos u.a. bei der Stadt Oldenburg unter www.tdr-nds.de
27.09.2006 20:00 Uhr	„Treffpunkt Anti-Atom“	Alte Schule, Kirchheim am Neckar	Infos unter www.bbmn.de
30.09.2006	BUND-Forum Biodiversität	Hannover	Infos beim BUND unter Tel.: 030/27586451 oder www.bund.net
30.09. – 08.10.2006	25. Ostallgäuer Herbstwoche mit BBU-Stand	Kaufbeuren	Infos unter http://www.kikisch.de/kauf.html
01.10.2006 13:00 Uhr	Jubiläumskundgebung vor der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau: 20 Jahre Protestsonntagsspaziergänge an der UAA Gronau	Gronau	Infos beim Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau unter Tel.: 02562/23125
06.10.2006 09:00 – 17:30 Uhr	Kongress „Umweltgerechtes und gesundes Bauen und Wohnen“	Rhein-Mosel-Halle Koblenz	Infos unter www.ben-mittelrhein.de
07.10.2006	Zum Internationalen Tierschutztag „Bundesweite Anti-Jagd-Demo“	Berlin und bundesweite Aktionen	Infos unter www.abschaffung-der-jagd.de
07.10.2006 10:00 – 16:30 Uhr	Anti-Atom-Konferenz der Links-Partei	Neues Stadthaus Berlin	Infos unter www.oekologische-plattform.de

6. Hilfreiche Tipps

Um Mithilfe wird gebeten

Seit über zwei Jahren verhindert das indigene Volk der Penan im malaysischen Teil der Insel Borneo mit einer Straßenblockade das Abholzen der letzten primären Regenwälder in der Gemeinde Long Benali. Dank weltweiter Proteste gegen die drohende Waldzerstörung haben die

malaysischen Behörden es bisher nicht gewagt, die Blockade gewaltsam zu beenden. Die Penan bitten weiter dringend um internationale Unterstützung. Weitere Informationen zur Aktion und einen Musterbriefe finden Sie unter <http://www.regenwald.org>

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 09/ 06

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder

können den Newsletter beim BBU anfordern.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktionschluss ist der 09. Oktober, 13 Uhr**. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de